

## **ANFRAGEN an den Bürgermeister**

### **1) Sozial- und Lernbetreuung für Kinder und Jugendliche**

GRin. **Bauer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bauer**: Es geht um die Sozial- und Lernbetreuung für Kinder und Jugendliche. In Graz gibt es immer mehr Kinder und Jugendliche, die eine sogenannte Sozial- und Lernbetreuung brauchen und auch in Anspruch nehmen. Dieses Betreuungsangebot wird über Vereine, wie zum Beispiel den Pflegeelternverein ausgerichtet.

Kinder aus sozial schwächerem Umfeld erhalten hier die Chance, durch spezielle Fördermaßnahmen positiv in ihrer Entwicklung unterstützt zu werden.

Es fällt mir jedoch immer öfter auf, dass zahlreiche dieser Kinder nicht mehr zu Hause gefördert werden. Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck hat mir immer versichert, dass dies auch ein Grundgedanke dieser Betreuungsform ist, auch das soziale Umfeld einzubauen. Da manche Eltern nur sehr kleine Wohnungen haben, ist es aber nicht möglich und daher ist es gang und gäbe, dass diese Betreuung in den Schulen stattfindet.

Hier erhalten dann Geschwisterkinder des öfteren zwei- bis dreimal pro Woche Einzelunterricht und es ist oft gar nicht so einfach, die nötigen Räume an den Schulen zu finden.

Mir sind diesbezüglich einige Familien bekannt, es haben mich aber auch schon zahlreiche LeiterInnen auf dieses Problem aufmerksam gemacht, und es gibt sogar Fälle, wo zwei Geschwisterkinder derselbe Schulstufe getrennt gefördert werden.

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Ja, weil das Gesetz das so vorsieht.***

GRin. **Bauer:** Mir erscheint das sowohl sozial als auch pädagogisch für nicht sehr sinnvoll, da ein gemeinsames Lernen in Kleingruppen oft auch lustbetonter und daher auch zielgerichteter für die Kinder ist.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-GR-Clubs folgende

### **A n f r a g e :**

Bist du bereit, dich als der für das Personal zuständige Bürgermeister für eine zeitgemäße Förderung und einen sinnvollen Personaleinsatz dieser Kinder einzusetzen und dahingehend auch mit der für das Amt für Jugend und Familie zuständigen Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl zu reden, damit sie mit ihren zuständigen SozialarbeiterInnen daran arbeitet, dass durch eine verbesserte Vorgangsweise und einen effizienteren Einsatz dieser Betreuungskräfte zukünftig auch mehr Kinder in den Genuss dieser Sozial- und Lernbetreuungen kommen können...

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das wäre ein Gesetzesbruch.***

GRin. **Bauer:** ...ohne dass dadurch zusätzliche Kosten entstehen?

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.***

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 2) Grazer Oper – innovative Preispolitik für Kinder und Begleitpersonen

GR. Mag. **Titz** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Titz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Meine Anfrage ist schon in einem Teil der Berichterstattung zur designierten Intendantin heute vorweggenommen worden und betrifft eine innovative Preispolitik für Kinder und Begleitpersonen in der Grazer Oper. Mit der designierten Intendantin, Frau Sobotka, werken bald fünf Frauen an prominenten Positionen des Grazer Kulturlebens.

Allein aus diesem Umstand auch eine verstärkte Zuwendung an jüngeres und jüngstes Publikum ableiten zu wollen, wäre zwar wünschenswert, ist aber bisher leider ein Fehlschluss.

Wiener Bühnen zeigen es vor, insbesondere die Staatsoper hat unter Holender zahlreiche Schritte gesetzt, um neben einem attraktiven Kinderprogramm auch die Preisgestaltung so zu regeln, dass Kinder dort schon zum Stammpublikum gehören. Es ist üblich, ein Kinderkontingent auch für die teuersten Plätze um 15,- Euro einzurichten dort und zwar wirklich, dass der Theaterbesuch für Kinder zu einem Erlebnis werden kann.

In Graz zahlen Kinder Halbp reis, was in der Relation zu den verschiedenen Häusern immer noch teuer ist und vor allem diese Kulturbildung, die in diesen jungen Jahren passiert, die Liebe zum Theater, das passiert ja nicht (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), indem Kinder abendlich dann sich allein ins Theater setzen, sondern einfach auch den Schutz einer Begleitperson brauchen, wobei das ja nicht immer die Mutter sein muss, man kann ja durchaus auch einmal im Gefolge seiner Großeltern oder seiner Geschwister auch ins Theater gehen.

Daher lautet meine Anregung, besonders in der Grazer Oper, in der Oper sind traditionellerweise die Schwellenängste die größten, meine Anregung lautet daher, ein Preismodell zu entwickeln, das für Kinder und Begleitpersonen attraktiv ist. Ob dies in einem Kinderkontingent zu symbolischen Preisen und einer Ermäßigung für die Begleitperson besteht, oder ob es andere innovativen Anreize über die

Preisbildung geben kann, mag der Kreativität der Betriebsführung der Bühnen Graz überlassen bleiben.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgende

### **A n f r a g e:**

Werter Herr Bürgermeister! Bist du als Vorsitzender des Lenkungsausschusses der Bühnen Graz bereit, auf das Management einzuwirken, eine innovative Preispolitik für Kinder und Begleitpersonen einzurichten (*Applaus ÖVP*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **3) Lehrstellenoffensive**

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meiner mündlichen Anfrage geht es um ein eher trauriges Thema, nämlich die Lehrstellensituation im Raum Graz und zu meiner Anfrage und zum Inhalt. Der so genannte Lehrstellenmarkt gilt vielfach nach wie vor als ein Gradmesser für die Arbeitsplatzsituation insgesamt. Denn während generelle Arbeitsmarktdaten zum Teil nur mit Vorsicht zu genießen sind, eben in Bezug auf Zahlen von Arbeitssuchenden, die in Kursen und Umschulungsmaßnahmen sich befinden, gibt es ja diesbezüglich keine Aufschlüsse in diesen Zahlen, andererseits werden wir regelmäßig mit neuen Rekorden in Hinblick auf Arbeitsplätze beglückt, wobei man sich natürlich auch genauer anschauen muss in Bezug auf geringfügige Beschäftigung und dergleichen, geben die Lehrstellendaten die Situation sicherlich realitätsbezogener wieder.

Und diese Zahlen und Fakten zeigen gegenüber anders lautender Beteuerungen des zuständigen Ministers und dergleichen entgegen allen Ankündigungen, der Lehrlingsbeschäftigung besondere Bedeutung zuzumessen und die Lehrausbildung entsprechend zu bewerben, ein in Graz äußerst bedenkliches Bild. Und jetzt komme ich zu ein paar Zahlen, die leider diese Situation bestätigen, nämlich Ende Dezember des Vorjahres gab es in Graz 442 Lehrstellensuchende und diesen 442 Lehrstellensuchenden standen lediglich 86 offene Lehrstellen gegenüber. Das heißt: Für 13,3 Prozent mehr an Lehrstellensuchenden gab es um 23,2 Prozent weniger Lehrstellen, das heißt, die Schere zwischen Angebot und Nachfrage ist riesengroß geworden und nur mehr jeder fünfte Lehrstellensuchende, jeder fünfte Jugendliche, der eine Lehre antreten möchte, findet auch hier rechnerisch einen Platz. Wir brauchen, glaube ich, in diesem Kreis nicht darüber zu diskutieren, welche Probleme sich in vielen Elternhäusern hier durch diese Situation von arbeitslosen lehrstellensuchenden Jugendlichen ergibt und welche Folgerungen das Thema Arbeitslosigkeit gerade bei Jugendlichen unter Umständen zur Folge hat.

Mir, wie vielen von euch, ist sicherlich auch bewusst, dass die Möglichkeiten der Kommune, was Lehrlingsoffensiven betrifft, mehr als bescheiden sind: Dennoch bin ich überzeugt davon, dass durch gezielte Maßnahmen, durch verbesserte Rahmenbedingungen, durch strukturelle Anreize und vor allem durch ein gemeinsames, konzertiertes Vorgehen von allen Interessensvertretungen und Institutionen zumindest eine Verbesserung der Lehrstellensituation erreicht werden könnte. Denn wir dürfen nicht übersehen, dass sich gerade in Graz diese Situation in besonderem Maße zugespitzt hat: Steiermarkweit gab es im Dezember 2006 bei den Lehrstellensuchenden lediglich ein Mehr an 9,3 Prozent, zum Vergleich österreichweit ist sogar die Anzahl der Lehrstellensuchenden rückläufig gegenüber dem einen Monat zuvor und in Graz, wie gesagt, gibt es hier ein sehr deutliches Plus. Und was die offenen Lehrstellen anbelangt, gibt es österreichweit sogar ein Plus von 3,2 Prozent, also mehr Lehrstellen als im Jahr zuvor, während für Graz ein Minus von fast 24 Prozent ausgewiesen wird. Und eine letzte Zahl, um diese Dramatik zu belegen: Fast 60 Prozent aller jungen Steirerinnen und Steirer, die im Dezember eine Lehrstelle gesucht haben und bei den Arbeitsmarktservice-Stellen vorgemerkt waren, nämlich 442 von insgesamt 744 Lehrstellensuchende, waren leider in Graz

vorgemerkt. Das heißt nichts anderes, als dass in unserem Bezirk diese Problematik derzeit wohl am brennendsten ist und entsprechender Handlungsbedarf besteht.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, gemäß Motivenbericht einen Runden Tisch mit allen im Bereich der in Lehrlingsbeschäftigung involvierten Institutionen und Organisationen zu initiieren, wobei auf jeden Fall dabei VertreterInnen der Stadt Graz, von AMS, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, ÖGB, Arbeiterkammer und, und, und daran teilnehmen sollten, um hier nach sehr raschen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lehrstellensituation hier Ausschau zu halten und nicht einfach zu warten, was hier im Zusammenhang auch mit dem Regierungspaket hier an Verbesserungen gegebenenfalls für die Situation der über 400 Lehrstellensuchenden in Graz passiert. Danke vielmals (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Herr Gemeinderat, diese Anfrage wird nicht geschäftsordnungsgemäß erledigt, weil sie noch einmal unsere Damen und Herren der Abteilungen beschäftigen würde. Selbstverständlich ist es immer wichtig, nicht nur in Wahljahren, sondern permanent wichtig, dass möglichst kein einziger Jugendlicher nicht in Ausbildung ist oder keinen Job hat. Deswegen hat der Gemeinderat mehrfach, nämlich mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 6.7.2004 beziehungsweise 2.12.2004 und mit 1.12.2005 klar zur Jugendbeschäftigungspolitik beschlossen, dass die gesamten Inhalte, die hier vorgetragen worden sind, permanent verfolgt werden. Es gibt dazu auch einen Runden Tisch, das letzte Treffen hat auch wieder stattgefunden und Kollege Eisel-Eiselsberg gibt da gerne auch Auskunft darüber, also wir beschäftigen uns jetzt auf Grund der Gemeinderatsbeschlüsse permanent mit dem Thema, damit brauchen wir das dann nicht noch einmal gesondert zu tun, falls da in einem oder anderen Punkt was fehlen würde, sollte man es dort ergänzen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Es ist ja unbestritten, dass Gott sei Dank Aktivitäten stattfinden und ich denke auch daran, dass ja die Kommune selbst auch da oder dort mithilft und Lehrlinge einstellt, dass es Lehrstellenförderungen gibt, dass es eine Lehrlingsdrehscheibe gibt und, und, und, nur anscheinend greifen diese Maßnahmen, diese Überlegungen nicht in diesem Maße, wie wir uns das wünschen. Ansonsten ist es ja nicht erklärbar bitte, wenn es jetzt all diese Aktivitäten und diese Beschlüsse aus dem Jahr 2004 gibt, dass es hier nicht endlich auch griffige Maßnahmen gibt, damit ich einfach diese Situation zum Stoppen bringe, beziehungsweise hier einen Umkehreffekt habe, dass eben hier die Bereitschaft, Lehrlinge einzustellen, einfach größer ist, dass die Anreize geschaffen werden, mehr Lehrlinge einzustellen. Daher wie gesagt, noch einmal, bei allem Verständnis und wenn ich heute Eltern erkläre, es gibt drei Beschlüsse aus dem Jahr 2004, ist den Eltern, den Großeltern dieser Jugendlichen damit relativ wenig geholfen, sondern die wollen vernünftige Ausbildungsplätze haben und das müsste unser Ziel sein, hier, wie gesagt, Maßnahmen zu setzen, egal wer sie hier setzt und es ist kein Wahlkampfgeg, sondern es ist wirklich der Wunsch und wirklich das unabdingbare Verlangen, hier Möglichkeiten einer Reduzierung der Lehrstellensuchenden in Graz herbeizuführen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte nur noch einmal betonen, wenn die Bitte an mich gerichtet wird, einen Runden Tisch einzuberufen mit den Institutionen, die zusammensitzen, dann wäre es aus meiner Sicht auch wünschenswert, wenn die Fraktionen dann auch alle an diesen Sitzungen teilnehmen, um ihre Ideen auch noch einzubringen. Ich werfe der jetzt agierenden Gruppe, und Stadtrat Eiselsberg wird dann sehen, wer dort dabei ist, nicht vor, dass sie schlechte Maßnahmen oder noch unzureichende Maßnahmen getroffen hat, ich glaube, die sind sehr bemüht und der Stadtrat Eiselsberg wird noch was dazu sagen (*Applaus ÖVP*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Das mache ich sehr gerne. Herr Gemeinderat, wir können jetzt natürlich auch eine Debatte über Jugendbeschäftigung und die

Jugendbeschäftigungsdrehscheibe vorziehen, ich stehe jederzeit zur Verfügung, zumal ja im Raum steht, dass dieses Stück heute nicht das Licht des Gemeinderates erblicken wird, aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen, also machen wir es gleich. Genau diese Ziele verfolgen wir unbestritten alle und es soll kein Jugendlicher in Graz bestenfalls darüber hinaus nicht die Chance haben, eine geeignete, seinen Talenten entsprechende Ausbildung zu machen oder fortbildende Schule zu besuchen, das ist unser gemeinsames Ziel. Daran arbeiten wir sehr hart, denke ich und das ist uns auch ein großes Anliegen. Es sind einige Maßnahmen gesetzt worden, durchaus im Einvernehmen mit dem Gemeinderat und den einzelnen Fraktionen. Es sind verschiedene Maßnahmen eingeleitet worden, die durchaus sich bereits positiv ausgewirkt haben, diese Signale bekommen wir zumindest von all den von Ihnen angesprochenen Netzwerkpartnern, so bezeichnen wir sie, die eben vom AMS über die zuständigen Landesstellen, die zuständigen Stellen der Stadt Graz, mehr oder weniger zuständig, aber jedenfalls hat es eigentlich keine Institution bis jetzt gegeben, die sich diesem Thema verschlossen hat, auch wenn sie nur am Rande möglicherweise zuständig gewesen wäre. Das heißt, es arbeiten alle sehr intensiv daran und auch der heute vielleicht dem Gemeinderat vorliegende Informationsbericht listet einerseits auf, was bisher geschah, welche Dinge sich gut entwickelt haben, welche verbessert gehören und nachjustiert gehören. Unter anderem ist in den genannten Gemeinderatsbeschlüssen ja auch festgehalten, dass es dieses Netzwerk gibt, diese Gruppe gibt und da sind jetzt im Zuhören eigentlich keinen anderen Akteure mit an der Arbeit, als heute von dir genannt. Vielleicht, und das sage ich jetzt durchaus deutlich, vielleicht ist der Informationsstand bei dir oder bei deiner Fraktion nicht der letzte, weil beim letzten Zusammentreffen dieser Gruppe, dieses Netzwerkes, war die SPÖ halt leider nicht vertreten. Weil dort wurde dann auch ausgemacht, was können wir nachjustieren und wo wollen wir gemeinsam mit all den Möglichkeiten der einzelnen Institutionen auch mit den finanziellen Mitteln und Möglichkeiten der einzelnen Institutionen, wo wollen wir gemeinsam hin. Und ich kann dem Bürgermeister nur vollinhaltlich zustimmen, wir brauchen nicht noch einen Runden Tisch, es wäre notwendig, dass alle zu den Einladungen, zu dem bestehenden Runden Tisch kommen und dann können wir gemeinsam in die gleiche Richtung weiterarbeiten (*Applaus ÖVP*).



GR. **Eichberger**: Lieber Herr Stadtrat, du hast mich jetzt schon ein bisschen herausgefordert insofern, du wirst ja nicht jetzt wirklich glauben, ich meine, es wäre schön, wenn durch die Anwesenheit eines SPÖ-Mandatars bei diesem Arbeitskreis oder bei diesem Runden Tisch sich die Lehrstellensituation verbessert hätte. Aber, wie gesagt, bleiben wir dabei, es geht jetzt darum, es geht ja nicht darum, ob bei einer Sitzung jetzt einer anwesend ist oder keiner anwesend ist, sondern wir erwarten uns von einem...

*Zwischenrufe unverständlich.*

GR. **Eichberger**: Liebe Kollegen, warum seid ihr so nervös. Wir erwarten uns einfach von einem Wirtschaftsstadtrat, auch wenn ein SPÖ-Mandatar fehlt, entsprechende Ideen, entsprechende Konzepte, um einfach diese Situation zu verbessern, nicht mehr und nicht weniger und aus diesem Grund noch einmal die Bitte, bei allem Verständnis für Arbeitskreise und dergleichen und dieser Aufruf zu dem Runden Tisch war ein Hilfeschrei, auch zu verstehen als solcher von diesen Eltern und Großeltern, deren Jugendliche momentan keine Lehrstelle haben. Und wenn diese Maßnahmen bisher nicht gegriffen haben, dann muss ich nachjustieren und dann muss ich mir neue Gedanken machen, was vielleicht unter Umständen zielstrebig ist und zu einem besseren Ergebnis führt. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich würde weder behaupten, dass die Anwesenheit eines SPÖ-Mandatars oder die Abwesenheit da jetzt entscheidende Durchbrüche schaffen kann, das meine ich gar nicht witzig, das will ich jetzt nicht auf diese Ebene bringen. Was ich damit sagen will, ist, dass es ganz offensichtlich, und anders kann ich mir diese Anfrage nicht erklären, eine Informationsdefizit gibt. Weil genau die Akteure, die da aufgefordert...

**Zwischenruf GR. Eichberger: Es gibt ein Lehrstellendefizit.**

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Ja, das gibt es ja sowieso und daran arbeiten wir ja auch zusammen an dieser Sache, das zu verbessern, aber das Infodefizit besteht offensichtlich darin, einen Arbeitskreis zu fordern, den es gibt und nicht mehr und nicht weniger sage ich dazu (*Applaus ÖVP*).

GR. **Slamanig:** Eine kurze Anmerkung, und zwar 2001 hat es einen Beschäftigungsgipfel in Bezug auf die Lehrwerkstätte und die Lehrwerkstättenproblematik beim Land gegeben und damals haben die Wirtschaftsvertreter diese Defizite, die es gibt beim Lehrstellenabbau, einbekannt und gesagt, dass es notwendig ist, eine übergeordnete Finanzierung der Lehrwerkstätten vorzunehmen und bis heute hat sich noch nichts verändert. Die Lehrwerkstätten werden nach wie vor noch über das AMS betrieben, einzelne Teile der ÖBB betreiben noch ihre Lehrwerkstätten, aber seitens der Wirtschaftskammer ist diese Zusage, also dass man an einer übergeordneten Lehrwerkstättenfinanzierung einen Fonds bildet und daran arbeitet, noch nichts geschehen. Und wir können noch zehn Runde Tische verabschieden, es wird sich, solange man nicht wirklich von der Wirtschaft her bereit ist, diese Bildungslücke wesentlich mit Inhalten zu füllen, also kaum etwas verändern (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GRin. **Rücker:** Liebe Kolleginnen, Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Jugendbeschäftigungslosigkeit, Jugendqualifizierung ist eine der größten Herausforderungen, da sind wir uns eh alle einig. Dass es da keine Patentrezepte gibt, sehen wir in ganz Europa. Ich war damals relativ engagiert mit dabei, wie wir diesen Jugendbeschäftigungsgrundsatz entwickelt haben und damals wie heute war es ganz schwierig herauszufiltern, was die Rolle einer Stadt in dem Zusammenhang

sein kann. Was mir ein bisschen fehlt, wenn ihr jetzt das in Frage stellt, was bisher passiert ist. Es ist bisher was passiert, es hätte noch viel mehr passieren können, keine Frage und ich denke mir, der Ansatz geht trotzdem in die richtige Richtung. Was mich aber von euch interessieren würde, wenn ihr sagt, ihr hättet gerne konkrete Maßnahmen, konkrete Ergebnisse, welche stellt ihr euch vor, weil es wird nicht die Aufgabe der Stadt sein, Lehrstellenvermittlung zu betreiben, dafür gibt es eine ganz klare Institution, das ist das AMS und da gibt es die verschiedenen Rollen und Akteure. Die Drehscheibenfunktion, das Hergehen und Schauen, was braucht diese Region an Maßnahmen, das kann nur gemeinsam passieren und deswegen wundere ich mich, dass ihr einen Runden Tisch fordert, der eben stattgefunden hat im Herbst, um in diese Richtung Schritte zu setzen. Und wenn man dann schaut, dass man gemeinsam schaut, was gibt es auch noch für zusätzliche Finanzierungsquellen, weil alle knappe Töpfe haben, wie kann man Geld nach Graz holen, zum Beispiel aus der EU, dann ist das der richtige Ansatz in diese Richtung. Dass wir noch immer keinen Zuwachs an Lehrstellen haben, können wir nicht alleine da herinnen lösen und von der Stadt aus lösen, das muss uns klar sein, aber da in die Richtung eine klare und eine aktive Rolle zu übernehmen, in diese Richtung, meine ich, ist dieser Ansatz, wie er jetzt gefahren wird, doch der richtige und da sollten wir eigentlich alle miteinander arbeiten, darum würde ich ersuchen (*Applaus ÖVP*).

#### 4) Umgang mit Gemeinderatsinitiativen

GRin. Mag. **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich stelle Ihnen heute eine mündliche Anfrage, die den Umgang mit Gemeinderatsinitiativen betrifft. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich habe im Jahr 2003 mein Gemeinderatsmandat angetreten und tat dies - wie viele meine KollegInnen – das habe ich auch erfahren, mit viel Elan und vor allem mit der Zuversicht, vieles an Ideen einbringen und manches auch umsetzen zu können und voranzutreiben. Jetzt, nach vier Jahren,

beginnt etwas Ernüchterung Platz zu greifen, zwar nicht was den Elan betrifft, sondern die Zuversicht, das was die Gemeinderatsinitiativen betrifft. Warum: Es ist eher frustrierend, wenn wir erleben müssen, wie mit unseren Initiativen, in die wir viel Zeit investieren und an die oft die Erwartungen vieler Menschen hängen, umgegangen wird. Bisweilen bekommt man das Gefühl, Anfragen beziehungsweise Anträge werden nicht einmal ignoriert, bestenfalls aber halbherzig verfolgt - und zwar derart halbherzig, dass sie schlussendlich irgendwo auf dem Postweg oder in Schubladen sanft entschlummern.

Ich möchte hier beispielhaft vier Anträge beziehungsweise einen Antrag und drei Anfragen aus meinem letzten Jahr heranziehen, dich ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, gestellt habe.

Am 19. Jänner des Vorjahres habe ich im Zusammenhang mit der Bezirksdemokratie und den Klagen der BezirksvorsteherInnen über die Nichtbehandlung ihrer Anträge eine Auflistung beantragt. Sie alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich diesen Antrag im Zusammenhang damals mit der Werkstatt Graz gestellt habe, weil wir abwägen wollten und eine sachliche Grundlage haben wollten, was ist aus den Bezirksratsanträgen geworden, sind sie zurückgestellt worden, weil keine finanziellen Mittel da waren usw. Ernüchternd war hier als Zwischenantwort zu erfahren, dass die Erfassung oder dass die Stadtverwaltung oder Sie in Ihrem Ressort nicht wissen, welche Bezirksratsanträge vorliegen und die Beantwortung ist als Zwischenerledigung an mich erfolgt. Mittlerweile ist der Status so, dass diese Anträge erfasst werden.

Ein zweites Beispiel, am 30. 3. des Vorjahres habe ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, um Klärung der Nutzung eines Grundstückes in der Fischeraustraße gebeten. In der Fischeraustraße in Gösting hat es Verärgerung bei den AnrainerInnen gegeben, weil ein Grundstück als Parkplatz benutzt wird und diese AnrainerInnen und Bürger nicht gewusst haben, darf dort geparkt werden, wie viel darf geparkt werden und genau in diesem schmalen Straßenstück die BürgerInnen den stark aufkommenden Verkehr als nahezu unzumutbar ansehen. Bedauerlicherweise habe ich genau für diese Nutzung, Herr Bürgermeister, und ich habe damals noch Ihren Gesichtsausdruck in Erinnerung und Ihre Antwort, Sie

werden sich ehebaldigst darum kümmern, mir diese Antwort zu übermitteln. Ich habe bis heute leider keine Antwort diesbezüglich erhalten. Es hat natürlich auch für Verärgerung bei der letzten Bezirksversammlung geführt, es ist sehr, sehr schwierig, wenn man sagt, gut als Gemeinderätin ich versuche eine Antwort zu finden, ich bemühe mich um eine Beantwortung, ich nehme meine Instrumente, die mir zur Verfügung stehen, wahr und ich erhalte von Ihnen keine Antwort, ich kann die Antwort auch nicht weitergeben.

Ein weiteres Beispiel: Im April eingebracht, ob Sie die BotschafterInnenidee umzusetzen und hier eine Unterstützung bereit sind. Ich habe hier Ihnen das bereits zweimal, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gemeinderat erläutert, die Idee der BotschafterInnen von Graz. Ich habe sehr positive Rückmeldungen aus dem Bereich der Wirtschaftstreibenden, der Hotellerie, auch von anderen Stadtsenatsmitgliedern erhalten und aus dem universitären Bereich. Ich habe diese Anfrage, die ich im April an Sie gestellt habe, im Oktober noch einmal urgiert und habe jetzt eine Antwort erhalten, die Antwort ist aber nur deswegen zufriedenstellend, dass ich einmal eine Antwort erhalte, der Inhalt ist sehr bedauerlich, es ist ein Wortzitat des GTG-Geschäftsführers, bedauerlicherweise nicht von Ihnen, ob Sie bereits sind, diese Idee weiterzuverfolgen, ob oder nicht, also ich weiß es nicht.

Und als letztes Beispiel muss ich noch zitieren die 110-kv-Leitung in Wetzelsdorf/Straßgang, die Bürgerinnen und Bürger haben sich damals an mich gewandt, weil sie eine Sorge hatten mit der elektromagnetischen Strahlung und damals war eben beim eisenbahnrechtlichen Verfahren der Stand der, dass es einzig möglich war, dass Sie in Ihrem Kompetenzbereich als Bürgermeister im eisenbahnrechtlichen Verfahren einbringen können, dass nicht ein erdnahe Kabel verlegt wird, sondern ein bodennahes Kabel. Das eisenbahnrechtliche Verfahren hat stattgefunden, die Verhandlungsschrift des eisenbahnrechtlichen Verfahrens lässt keine einzige Wortmeldung des anwesenden Stadtvertreters erkennen, Sie haben mir geantwortet, dass die Bezirksvertretungen an das zuständige Ministerium geschrieben haben, ja, sie haben es getan, wir haben es auch schon gewusst, nur sie haben keine Parteistellung, das liegt einzig und allein in Ihrem Kompetenzbereich.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Ich habe vier Beispiele aus dem letzten Jahr, das ich erlebt habe, zitiert, ähnliche Erlebnisse haben Kolleginnen und Kollegen und wir müssen uns hier die Frage stellen, was können wir mit unseren Gemeinderatsinitiativen erreichen, wenn wir halbherzige, keine Antworten kriegen oder auch die Initiativen nicht weiter verfolgt werden. Mit uns und mit unserer Behandlung steht natürlich auch die Frage, welchen Stellenwert haben BürgerInnenanliegen, wie können wir bestmöglich die BürgerInnenkontakte pflegen und weiterverfolgen? Gleichzeitig wird von Demokratiereform gesprochen und BürgerInnenbeteiligung, es gibt mir zu denken. Herr Bürgermeister, Ihre Antworten auf die Gemeinderatsinitiativen, die meist auf kleine städtische Anliegen bezogen sind, sind ein wesentliches Instrument für uns alle, und wir müssen uns, und ich glaube, ich spreche hier für alle, wir wollen es auch den BürgerInnen und Bürgern kommunizieren.

Gemeinderatsinitiativen, eigentlich auch Bezirksratsinitiativen zu missachten, entspricht jedenfalls nicht dem, was ich unter Demokratie und Beteiligung verstehe. Ich könnte natürlich beantragen, alles noch einmal prüfen zu lassen, ob diese Art und Weise der Behandlung von Anfragen und Anträgen der Geschäftsordnung und dem Statut entspricht. Aber ich glaube an das Gute, an die Wandlungsfähigkeit, an das positive Aufeinander-Zugehen, auf das gemeinsame Miteinander-Lernen, Miteinander-Weiterentwickeln.

Und in diesem Sinne, sehr geehrter Herr Bürgermeister, stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind mitzuteilen, wie Sie in Hinkunft mit Anträgen und Anfragen in diesem Haus umgehen wollen beziehungsweise welche Überlegungen Ihrerseits es gibt, damit der Stellenwert von Gemeinderats- und Bezirksratsinitiativen wieder erhöht wird (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, zuerst weise ich aber absolut zurück, dass irgendetwas halbherzig passiert, das nicht beantwortet wird oder gar, dass es zu einer Missachtung von Initiativen des Gemeinderates kommen würde und ich werde anhand Ihrer Beispiele jetzt auch aufzeigen, die sie angeführt haben, was tatsächlich passiert ist und weise auch nochmals darauf hin, dass es eine solche Fülle von Anfragen und Anträgen sowohl von Bezirksseite als auch hier, dass ich auch eingedeckt durch wirkliche Wünsche und Probleme auch von Bürgerinnen und Bürgern sehr bemüht bin, zusammen mit der Magistratsdirektion und mit allen Ämtern Ihnen eine Antwort zukommen zu lassen. Im ersten Punkt, wenn es um die Bezirksdemokratie geht, sage ich auch, dass nach 18 Jahren Hauptverantwortung in dieser Stadt Graz durch die Sozialdemokratie auch in Form des Bürgermeistersessels überhaupt keine Regelung da war, wo Bezirksanträge, Bezirksratsanträge hingehen, die wurden niemals irgendwo gemeinsam gebündelt und gesammelt, sondern das haben wir jetzt...

***Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Herr Bürgermeister Stingl hat jeden einzelnen Antrag selber beantwortet.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Vizebürgermeister, ich bin am Wort und jetzt lasst mich einmal ausreden. Es ist ganz wichtig, ...gab es keine Regelung und die wird es jetzt geben, weil einmal hat ein Bezirksrat das geschickt an die Magistratsdirektion, einmal ist es zum Bürgermeister gekommen, manchmal ist es in Abteilungen gegangen, daher war Ihre Frage und das habe ich Ihnen schon einmal gesagt, gar nicht zu beantworten, weil wir nicht in der Lage sind, Dinge, die irgendwo im Raum schweben, dann mit viel Aufwand und mit viel Geld wieder zusammenzutragen. Deswegen wird es in Zukunft eine Änderung geben und ich darf Ihnen sagen, dass in der Zwischenzeit nach meiner Zwischenerledigung, die Sie schriftlich bekommen haben, die Magistratsdirektion beauftragt worden ist, dass es eine zentrale, digitale Erfassung erfolgt, dass ein eigenes EDV-Programm dafür angeschafft wird und dass es dann auch einen klaren Rückfluss gibt. Das heißt hier, ganz klar und deutlich, gibt es die

Arbeit, das Programm wird derzeit erstellt, ist aber noch nicht fertig, damit einmal Ordnung hineinkommt (*Applaus ÖVP*). Des weiteren gibt es in punkto vom 30. 3. aus dem vorigen Jahr betreffend Fischeraustraße, das ärgert mich auch, ich sage Ihnen, dass ich nicht hinübergehe und mir jetzt auch alles auf die Flipchart schreibe, es gibt zu Jahresende ein klares Urgieren, wenn irgendetwas aus der Abteilung nicht zurückgekommen ist. Ich muss sagen, dass wir hier von Seiten der A 17 bereits urgiert haben, aber dass die Antwort noch nicht da ist, sobald sie da ist, werden Sie diese bekommen, da gebe ich Ihnen Recht, aber das bitte nicht nur bei mir zu suchen, wir haben da ein Prozedere, wenn da nichts passiert. Das nächste Beispiel, das Sie gebracht haben, ist das mit den Graz-BotschafterInnen. Ich habe Ihnen eine Stellungnahme des GTG-Geschäftsführers gegeben, ich habe eigentlich die Frage hier herinnen auch schon beantwortet, dass mir die Idee gut gefällt, dass ich da schon vermehrt was tue, aber auch da bitte, es war soviel zu tun, dass ich punkto BotschafterInnen noch nicht weitergekommen bin. Und jetzt kommt mir ganz was Wichtiges, weil das war Ihr letztes Beispiel, das war Ihre Anfrage betreffend der 110-kv-Leitung im Grazer Westen. Sie meinen, dass auf Grund des Fehlens unserer Einwendung in der Verhandlungsschrift wir nicht tätig gewesen wären und ich bitte Sie, Sie stellen das quasi in den Raum. Ich kann Ihnen sagen, dass die Verantwortung beim Verhandlungsleiter des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung liegt, warum er es nicht hingeschrieben hat, weiß ich nicht, vom Präsidialamt Zivilrechtsreferat wurden die Einwendungen des Umweltamtes und des Bezirksrates bei den Verhandlungen eingebracht, aber es liegt da nicht bei uns, ob sich das in der Verhandlungsschrift wiederfindet. Faktum ist, wir haben den Auftrag, den Sie uns gegeben haben, nicht halbherzig erfüllt, sondern wir haben ihn erfüllt und ich bitte Sie, das auch zur Kenntnis zu nehmen. Wir tun uns nicht leicht, und da bitte ich auch ernsthaft darüber nachzudenken, auch als Gemeinderätin, als Gemeinderat, ob man sich in manchen Dingen nicht immer an die sogenannte Koordinierungsfunktion des Bürgermeisters wendet und damit im Magistrat innerhalb einen enormen Arbeitsaufwand auslöst, mit einem Brief zum nächsten, bis ich Ihnen das wieder zurückschreibe oder ob Sie nicht auf Grund auch der Kenntnis des Personenkreises der Menschen, die hier auch anwesend sind, einfach versuchen, das eine oder andere auch auf die Reihe zu bringen. Das wäre eine Politik der kurzen Wege und die würde ich mir wünschen, aber ich bemühe mich wirklich und bitte nicht mir vorwerfen, dass ich es nicht tue (*Applaus ÖVP*).



Mag. **Bauer**: Die Politik der kurzen Wege ist schön, aber auch der formale Ablauf hat auch seinen Hintergrund. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie wissen, die Auflistung der Bezirksanträge habe ich damals deswegen angefordert und gefragt, weil wir eine Entscheidungsgrundlage auch haben wollten, gibt es die Notwendigkeit, viel Geld für ein Projekt Werkstatt Graz, das in die ähnliche inhaltliche Richtung geht, auszugeben. Also hier die sachliche Grundlage. Ich freue mich sehr, dass Sie das Projekt BotschafterInnen begonnen haben weiter zu verfolgen, nur Sie haben es mir nicht mitgeteilt. Ich habe eine zweiseitige Stellungnahme vom GTG-Geschäftsführer Wortzitat erhalten, ich zeige es Ihnen gerne, ich habe hier die Briefe mit, aber bedauerlicherweise habe ich das...

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe Ihnen das mündlich gesagt, wir können das gerne im Protokoll noch einmal nachlesen. Normalerweise müsste ich Ihnen nach Beantwortung einer Anfrage gar nichts mehr zuschicken, dass Sie das auch von der Geschäftsordnung her kennen. Ich habe es trotzdem getan und einmal geschaut, was sagt die GTG dazu und jetzt machen Sie mir das bitte nicht zum Vorwurf.

Mag. **Bauer**: Einwendungen zur 110-kv-Leitung, hier auch dasselbe, im Brief, Herr Bürgermeister, haben Sie mir geschrieben, die Einwendungen haben die Bezirksvertretungen gemacht, aber Sie haben mir nicht mitgeteilt, dass Sie das gemacht haben und das war der Grund meiner Anfrage. Steht im Brief was anderes drinnen? Danke für das Angebot der kurzen Wege, ich werde es nutzen, aber auch die formalen Schritte und die Inhalte dessen sind auch wichtig, Herr Bürgermeister.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, mir ist auch eines wichtig und das gilt auch für all jene, die vielleicht sich mit der Frage noch gar nicht so auseinandergesetzt haben. Wenn so wie jetzt über eine Anfrage diskutiert wird, kommt auch de facto von Seiten des Amtsweges keine Antwort mehr bis zu Ihnen. Wenn ich sage, wird

geschäftsmäßig erledigt, dann bekommen Sie auch schriftlich eine Antwort, das heißt, in der Frage betone ich es jetzt noch einmal, ich wünsche mir auch, dass wir noch bessere Botschafterinnen und Botschafter von Graz immer wieder zustande bringen, aber dazu hat die Zeit noch nicht gereicht, es waren so viele andere Dinge im Großraum von Graz, dass das als Agenda noch offen ist  
(Applaus ÖVP)

## 5) Zeit für Graz/BürgerInnenforum

GR. **Herper** stellt folgende Anfrage:

GR. **Herper**: Kolleginnen, Kollegen! Mit der Planungswerkstatt „Zeit für Graz“, die nunmehr die seinerzeit propagierte Werkstatt Graz, wie sie jetzt heißt, hätte und müsste eigentlich den BürgerInnen der Stadt Graz eine Plattform geboten werden, sich an der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung aktiv zu beteiligen. Wir SozialdemokratInnen möchten unsere von Anfang an geäußerten Bedenken gegenüber diesem mehr als 600.000 Euro teuren Projekt nicht nochmals wiederholen, das wäre jetzt ja müßig, die verhältnismäßig bescheidene TeilnehmerInnenzahlen, nicht in allen Bezirken, aber in vielen Bezirken, auch wenn du kopfnickend bist, bei den ersten Planungstreffen hat diese Bedenken ja mittlerweile bestätigt.

Wie gesagt: Ausgangsposition der Planungswerkstatt war, jenen die Möglichkeit zu bieten, die Stimme zu erheben, die bislang wenig bis kaum gehört wurden, deren Anliegen – etwa, wenn sie über Bezirksratsanträge eingebracht wurden – oftmals schubladisiert, wenn nicht gar ignoriert wurden.

Nunmehr soll am 13. Februar, also demnächst, zu einem weiteren BürgerInnenforum eingeladen werden. Wobei, und das überrascht schon ein wenig, leider ist der Kollege Rüschi nicht da, es sich bei den Einzuladenden, ohne diese überhaupt in Misskredit bringen zu wollen, ausschließlich um Persönlichkeiten handelt, die es bis dato immer geschafft haben, ihre Positionen, auch ihre persönlichen oder ihre

Interessenslage ohne eine BürgerInnenplattform kraftvoll zu vertreten, ich will die Namen nicht alle aufzählen, aber zumindest eine Wirtschaftskammer-Vizepräsidentin oder ein Industriellenpräsident oder Kathryn List, oder viele andere hochmögliche Persönlichkeiten, Hoteliers, Rektoren dieser Stadt, waren immer in der Lage, ihre Stimme zu erheben und sich durchzusetzen, wenn möglich. Also die Einladungsliste für dieses „BürgerInnenforum“ da fehlen jene Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz, die nicht derart prominente Namen haben. Bei allem Verständnis, lieber Gerhard, über die Anstrengungen, die du dich ja bemüht, dank der Kollegin Kampus und ihrem Team auch, das Ganze nicht zu einem Flop werden zu lassen, muss ich aber doch jetzt für bedenklich halten, dass es hier zwei Klassen von Grazerinnen und Grazern geben würde in Zukunft. Auf der einen Seite jene der Normalbürgerinnen und -bürger und auf der anderen Seite die VIP-Bürgerinnen und -bürger, bei denen man nicht hinterfragt, ob sie die inhaltliche falsche Richtung gehen oder was sie meinen, sondern hier wird einfach BürgerInnenbeteiligung dahingehend verstanden, so genannte VIPS in besonderem Maße zu Veranstaltungen einzuladen, auch mit der Möglichkeit von korrigierenden Eingriffen. Und das heißt ja wohl, die Katze in den sprichwörtlichen Schwanz zu packen. Ich wage jedenfalls zu behaupten: Vor der „Zeit für Graz“ sollten alle GrazerInnen gleich sein – und vor allem widerstrebt es mir zu glauben, mit einem teuren BürgerInnenbeteiligungsmodell auf Kosten der Grazer SteuerzahlerInnen Persönlichkeiten Raum bieten zu müssen, die auf Grund ihrer Position ohnehin genügend Hintergrund und Möglichkeiten haben, sich mit Lobbying durchzusetzen.

Also 15 bis 20 so genannte Opinion Leader gesondert zu einem BürgerInnenforum einzuladen, widerspricht eigentlich meinem gerechten bürgerschaftlichen Gedanken. Ein solches BürgerInnenforum bietet die Möglichkeit, direkt mit VertreterInnen und Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Hotellerie, Kunst & Kultur, Medien in Kontakt zu treten – aber bitte keine Zwei-Klassen-BürgerInnenforen in dieser Stadt!

In diesem Sinne stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, in deiner Koordinierungskompetenz wahrnehmend so einzuwirken, auf den auf der Galerie stehenden zuständigen Referenten Gerhard Rüschi einwirken zu wollen, dass nicht parallel zum Normal-BürgerInnenforum ein sogenanntes VIP-BürgerInnenforum installiert wird, sondern dass sichergestellt wird, dass zu diesen Gesprächsrunden alle interessierten, engagierten und bürgerschaftlichen Grazerinnen und Grazer eingeladen werden? (*Applaus SPÖ*).

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **6) Förderung von Hauswasseranschlüssen (Ersatzwasserversorgung)**

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Anfrage zeigt, wie schwierig es ist, hier im Haus die Kompetenzen festzustellen. Es geht direkt bei meiner Anfrage um Förderung von Hauswasseranschlüssen, sogenannten Ersatzwasserversorgungen bei Hausbrunnen, die durch nicht feststellbare Umwelteinflüsse kontaminiert sind und bei labormäßigen Untersuchungen als nicht mehr genusstauglich erklärt werden. Für mich war klar, dass eine direkte Frage in der Fragestunde an unseren Umweltreferenten sein könnte und der mir bei der Frage der Lösung, ob es in Stadt oder Land Fördermittel für solche besondere Fälle geben könnte, mit Rat und Tat zur Seite stehen könnte und siehe da, nach Aussage des Umweltamtes und des zuständigen politischen Referenten, meinen Freund Walter Ferk, ist er nicht zuständig und jetzt bin ich gezwungen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Anfrage an dich zu richten. Jetzt darf ich zur Anfrage vom Motivenbericht kommen:

Im Versorgungsgebiet der Grazer Stadtwerke (Bereich Wasser) gibt es noch eine Vielzahl von sogenannten Hauswasserbrunnen, die durchaus in Ordnung sind und

zur Benutzung freigegeben sind. Bei laufend vorgenommenen chemisch-bakteriologischen Wasseruntersuchungen bei diesen Brunnen wird immer wieder festgestellt, dass bei einigen von ihnen dieses Wasser auf Grund nicht lokalisierbarer Umwelteinflüsse nicht mehr genusstauglich ist.

Die betroffenen Brunnenbesitzer werden daher bescheidmäßig aufgefordert, sich an das Wasserversorgungsnetz der Grazer Stadtwerke anzuschließen. Die daraus entstehenden erheblichen Kosten dafür müssen von den Brunnenbesitzern selbst getragen werden. Das bedeutet natürlich eine hohe finanzielle Belastung, weil dafür anscheinend keine Förderungen vorgesehen sind. Auch die Grazer Stadtwerke sehen keine Möglichkeit, eine finanzielle Unterstützung in diesen Fällen zu gewähren.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage:**

Bist du bereit, die Möglichkeit einer Förderung für den Anschluss von Anwesen, deren Hausbrunnen kontaminiert sind, an das Wassernetz der Grazer Stadtwerke AG prüfen zu lassen, da es sich in diesen Fällen um Auswirkungen von nicht lokalisierbaren Umwelteinflüssen handelt? Dankeschön (*Applaus KPÖ*)

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht auch darauf gleich eine Antwort. Wir haben im Bereich der Stadt Graz versucht, die Wasserversorgung mit 100 % schon zu gewährleisten, wir haben jetzt de facto fast alles schon geschafft. Der Unterschied ist der gewesen, dass wir dann dazugezahlt haben, da hat es ja auch Förderungsbereiche gegeben, wenn die Wegstrecke zu sehr entfernt gelegenen Grundstücken dann allein einen Wasseranschluss nicht möglich gemacht habt. Da kann man aber nicht generell davon sprechen, dass jemand, der nur seinen Brunnen aufgibt, nicht auch sich so anschließen muss wie der Rest der Grazerinnen und Grazer und was die Verwirrungen, wer zuständig ist, anbelangt, auch der Vizebürgermeister Walter Ferk

möchte gerne was dazu sagen, weil es halt von der Geschäftsordnung in der Fragestunde nicht möglich war, darf ich das Wort gleich an ihn weitergeben.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Also ich schätze ja diese Anfrage deswegen und dich ganz persönlich, lieber Kollege Schmalhardt, deswegen möchte ich schon sagen, die Stadt Graz ist sehr aktiv in den Jahren 1983 bis einschließlich 2005, liegt mir vor, in dieser Frage gewesen. Das Umweltamt ist nicht involviert, ist wirklich nicht zuständig, Anträge dieser Art kommen aus einer anderen Abteilung. Wahr ist aber, wir haben einen 97-%igen Anschlussgrad, der ist absolut toll und du hast natürlich ganz besonders auch in Richtung Förderungen die Frage gestellt. Da kann ich dir Folgendes sagen, dass die Förderungen durch die Stadt Graz insgesamt 381.000 Euro betragen, nämlich bei folgenden Projekten: Projekt Platte ist vor wenigen Jahren oder vor geraumer Zeit fertiggestellt worden mit 102 neuen Anschlüssen und 385.000 Euro beim Projekt Wenisbuch mit 75 möglichen Anschlüssen. Das entspricht eine durchschnittliche Förderung von zirka 4.000 Euro pro Haushalt. Und was, glaube ich, wesentlich für uns alle ist, auch im Gemeinderat beziehungsweise für noch zu Versorgende, den Rest, da ist es dann immer eine Frage der Vereinbarung zwischen Stadtwerken, Stadt Graz usw. und auch dem Land Steiermark, auch da gibt es mögliche Förderungen, aber es muss ein Projekt vorliegen, um dann ganz konkret zu sagen, wie viele finanzielle Mittel stehen zur Verfügung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann bitte noch einmal zum Rednerpult, in der Zwischenzeit möchte ich unsere Gebärdendolmetscherin auf der Zuhörergalerie begrüßen, vielleicht reden wir alle ein bisschen langsamer, dann tut sie sich leichter und der Gruß gilt selbstverständlich auch jenen Damen und Herren, die diese Gebärdensprachzeichen empfangen. Herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Schmalhardt:** Meine Damen und Herren, meine lieben Herrn Bürgermeister! Diese Antwort, die Sie mir gegeben haben, ist auf Grund meiner beruflichen Laufbahn mir bekannt, also ich kenne diese Zahlen. Mir geht es aber um ganz was anderes. Wenn ein Brunnen kontaminiert ist, dann kann der Besitzer des Brunnens nichts dafür und diese Herrschaften kommen zu mir und sagen, bitteschön, weise mir einen Weg, ob es irgendwo noch für diesen Ausnahmefall Fördermittel gibt, das war meine Frage und da bitte ich um eure Unterstützung. Mir ist es nicht gelungen, Fördermittel irgendwo ausfindig zu machen. Die Grazer Stadtwerke, der Vorstand hat mir zur Antwort gegeben, maximales Entgegenkommen ist Ratenzahlung. Ok, ist auch ein Weg, aber vielleicht gibt es doch noch, Herr Umweltreferent und Herr Bürgermeister, bitteschön schauen wir es an, vielleicht gibt es noch beim Land, beim Seitinger oder bei dir im Umweltamt ein paar Euro für diese Einzelfälle, wo der Anschluss etwa 20.000 Euro kostet, das kann ja nicht so schwer sein, aber diese Antwort, die aus dem Geschäftsbericht der Grazer Stadtwerke kommt, die hätte ich nicht gebraucht.

Bgm.-Stv. **Ferk:** Damit ich jetzt ganz konkret werde, kann ich dir noch etwas sagen, bei diesen sogenannten beiden Projekten, die ich zitiert habe und angeführt habe, war folgende Förderaufteilung: 20 bis 25 % in etwa für die AbnehmerInnen, die also das in Anspruch genommen haben, 20 bis 25 % kam von den Stadtwerken, offensichtlich hat man nicht alles ganz genau gesagt, werden wir nachfragen, ich kann es jetzt auch nicht sagen, ich glaube dir. 10 %, ja dann sind wir ja dort, wo wir Fördermittel haben kann, 10 % vom Land Steiermark, 15 % Bund und bisher auch von der Stadt ein entsprechender Förderungsbeitrag.

GR. **Schmalhardt:** *(Begibt sich nicht zum Rednerpult)* ...und die daran liegenden Abnehmer wurden gefördert. Es sind etliche noch übergeblieben, weil die Brunnen in Ordnung waren, mittlerweile sind die Brunnen versaut und da geht es mir um eine Förderung.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Dann sollen sie zu mir kommen.

GR. **Khull-Kholwald**: Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal an dieser Stelle auf ein Problem aufmerksam machen, das ich hier schon mehrmals angesprochen habe und vielleicht auch die Gelegenheit benutzen, den Herrn Vizebürgermeister zu bitten, diese Herrschaften vielleicht auch zu empfangen und zwar geht es um ein Problem in der Grazer Rannachstraße, dort sind die Brunnen nicht kontaminiert, sondern sie sind auf Grund der dortigen Kammlage und auf Grund von sozusagen Niederschlagsmangel, der sich kontinuierlich abzeichnet und nachweisen lässt über die letzten zehn Jahre, tatsächlich versiegt. Diese Damen und Herren standen lange Zeit ohne Wasser da, sie konnten sich anschließen an das Wassernetz der Gemeinde Stattegg. Das Problem dabei, das aufgetreten ist, ist das folgende. Die Gemeinde Stattegg verlangt nach einem dort gültigen Gemeinderatsbeschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht Bürger der Gemeinde Stattegg sind und Bürgerinnen der Gemeinde Stattegg sind, tatsächlich die doppelte Anschlussgebühr und ich würde mich sehr freuen, Herr Vizebürgermeister, wenn Sie diese Damen und Herren auch empfangen könnten.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Wenn Sie mitkommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Natürlich macht es manchmal Sinn, dass man nicht die lange Wegstrecke sucht, sondern dass die Nachbargemeinde, die direkt den Wasseranschluss daneben hat, macht. Die Vorgehensweise ist natürlich eine, sage ich einmal, nicht besonders nachbarschaftsfreundliche und wir sollten da vielleicht einmal wirklich schauen, ob wir nicht mit den Bürgermeistern und den Gemeinderäten der Nachbargemeinde einmal sprechen, das ist die eine Geschichte und die andere ist, und da bitte ich schon noch gleiches Recht für alle Grazerinnen



und Grazer. Wenn jemand früher schon seinen Brunnen aufgegeben hat und der Anschluss dort ist, dann kann man sich nicht jetzt, weil man später dazukommt und es haben viele schon aufgegeben, eine zusätzliche Förderung erwarten. Das ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig, das gilt dann schon für alle, wir haben uns immer bemüht, möglichst bald, und da gratuliere ich noch einmal unserem Dr. Nickl drüben und den Stadtwerken, weil das was wir im Wasserbereich geschafft haben, auch in den letzten Jahren in die entlegendsten Winkel von Graz zu kommen, ist schon was Hervorragendes und da müssen wir uns genau anschauen, ob es ein besonderer Härtefall ist, weil sonst gilt schon gleiches Recht für alle, ob einer früher oder später anschließt, ob der Brunnen versiegt oder kontaminiert ist, ist dann schwierig, aber wir bemühen uns darum, schicke sie bitte auch zum Fördervizebürgermeister, in dem Fall Stadtrat Walter Ferk, vielleicht kann er das eine oder andere noch auftreiben.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die Feuerwehr wird schon eine Leitung legen.***

## **7) Verkehrsprobleme in Andritz**

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Seit November 2006 besteht vom Ulrichsweg kommend ein Linksabbiegeverbot in die Andritzer Reichsstraße. Wollen Anrainer seither stadteinwärts fahren, müssen sie entweder einen Umweg durch das gesamte Andritzer Zentrum in Richtung Norden nehmen oder irgendwo auf der Hauptstraße umdrehen, damit der Weg kürzer wird. Der Andritzer Bezirksrat wurde bei dieser Verkehrsmaßnahme nicht informiert oder eingebunden. Der Bezirksrat stimmte am 30. November 2006 einstimmig gegen das Linksabbiegeverbot und wünscht sich in dieser Kurve eine 30-kmh-Beschränkung.

Auch die Taxifahrer, mit denen ich gesprochen habe, würden diese Maßnahme für sinnvoll finden.

In Andritz gibt es ein weiteres Verkehrsproblem in der Radegunderstraße. In der langgezogenen Kurve auf Höhe des Seniorenwohnheims Marianne sowie des Gasthauses Franz und des Sparmarkts kommt es immer wieder durch die vermehrten Ein- und Ausfahrten, welche durch diese Liegenschaften zugenommen haben, zu brenzligen Situationen.

Weiters überqueren viele Seniorinnen und Senioren in der Kurve am Zebrastreifen die Radegunderstraße zur GVB-Bus-Haltestelle – und das natürlich nicht mit schnellem Schritt in der Kurve. Auch in diesem Fall wünscht sich der Andritzer Bezirksrat einstimmig eine 30-kmh-Beschränkung. Auch diese Maßnahme würden die Taxifahrer begrüßen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ-Fraktion folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit zu veranlassen, dass das zuständige Amt die angeführten Maßnahmen gemeinsam mit dem Andritzer Bezirksrat noch einmal oder beziehungsweise neu überprüft? Danke (*Applaus KPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **8) Feinstaubwerte auf Videowalls**

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder:** Werter Herr Bürgermeister! Die Bewusstseinsbildung über die Zunahme der Feinstaubbelastung im Grazer Stadtgebiet ist durch viele Maßnahmen die in den letzten Jahren gesetzt wurden, langsam aber sicher in Bewegung gekommen, aber noch nicht genug. Wie ich in einer Studie der Verkehrsplanung Sammer und Partner herauslesen konnte, hat sich natürlich im Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger nicht wesentlich viel geändert. Umfragen ergeben sogar, dass 19 % der EinpendlerInnen aus den Umlandgemeinden die Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung für eher beziehungsweise gänzlich unwichtig erachten und 45% der PendlerInnen würden trotz Fahrverbot ihr Auto benützen und weiterfahren, sie würden nicht auf ihr Diesel-Kfz verzichten.

Die Stadt sollte daher alle Möglichkeiten ausschöpfen, besonders jene Bevölkerungsgruppe über die permanenten Überschreitungen der Feinstaubgrenzwerte zu informieren, die einen hohen Anteil am motorisierten Individualverkehr im Ballungsraum Graz hat.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie die

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, überprüfen zu lassen, welche Möglichkeiten die Stadt Graz noch hat, um beispielsweise auf den Videowalls an Grazer Einfallstraßen oder in Kinos laufend Informationen über die aktuelle Feinstaubbelastung unter die Menschen zu bringen?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 9) AMS – Trupp im Universitätsviertel

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Es geht leider wieder um mein Lieblingsthema, das Universitätsviertel und der Lärm. Seit Jahren thematisiere ich das Thema Lärmbelästigung im Universitätsviertel. Um die Probleme endlich in den Griff zu bekommen, sollte ein „AMS-Trupp“ das Studentenviertel und den Stadtpark überwachen. Als Besonderheit wurde dabei vor allem hervorgehoben, dass das Projekt einerseits für Langzeitarbeitslose eine Tätigkeit und andererseits den Bewohnern die fehlende Lebensqualität geben würde.

Seit Anfang Juni 2006 gibt es jetzt diese privaten Sicherheitskräfte, die auf Streife im Stadtpark und Univiertel unterwegs sind. Erste Ergebnisse und Erfahrungsberichte müssten meiner Meinung nach inzwischen schon vorliegen.

Mich interessiert es nun, ob der Versuch mit den AMS-Trupps im Univiertel erfolgreich war und ob an eine Dauereinrichtung gedacht wird und wenn ja, in welcher Form.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e ,**

ob Sie Auskunft darüber geben können, inwieweit sich das Konzept der AMS – Truppe zur Behebung der Lärmproblematik im Universitätsviertel bewährt hat ?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 10) Volksschule Ries

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine erste Anfrage betrifft die Volksschule Ries. Die Diskussion über die Schließung der Volksschule Ries ist uns allen noch in leidlicher Erinnerung. Auch mein diesbezüglicher Standpunkt dürfte bekannt sein. Tatsache und ebenfalls allen bekannt ist, dass die Volksbefragung gezeigt hat, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks Ries mit überwältigender Mehrheit, nämlich mit 99,28% der abgegeben Stimmen, für den Erhalt der Schule ausgesprochen haben. Auch bekannt ist, dass stets mit dem Argument, es würde nicht genug schulpflichtige Kinder im Bezirk Ries geben, die Schließung der Schule begründet wurde.

Nun will eine Privatperson das nachholen, wozu die Stadt nicht in der Lage war, nämlich weiterhin eine Schule im Bezirk Ries anzubieten. Es handelt sich dabei um eine besondere Art der Schule – eine Montessorischule. Zugegeben, nicht die übliche Form für eine öffentliche Schule, aber es hat nie jemand behauptet, dass eine solche Art der Unterrichtsform nicht auch von der öffentlichen Hand angeboten werden könnte. Vielleicht hätte man nicht voreilig die Schließung der Schule vorantreiben sollen, sondern sich überlegen sollen, welche Art der Unterrichtsform angeboten werden muss, damit sich genügend Schüler finden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

wie weit aus diesem Fehler gelernt wurde, um in Zukunft nicht mehr einfach die folgenschwere Schließung einer Schule zu verfügen und wie ist Ihr Wissensstand, was nun mit dem Gebäude auf der Ries passieren soll ?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, wird geschäftsordnungsgemäß erledigt, da ich nur informiert worden bin, dass das Gebäude angeblich schon verkauft worden ist, mehr weiß ich im Moment nicht, aber wir werden Ihnen das schriftlich zukommen lassen.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 11) Schloßberg

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Grazer Schloßberg mit dem Uhrturm ist nicht nur weithin sichtbares Wahrzeichen und Touristenattraktion Nummer eins unserer Stadt, er ist auch eines der liebsten Naherholungsgebiete vieler Grazerinnen und Grazer. Mit Freude konnten die Mitglieder des Kontrollausschusses erfahren, dass die erfolgte Prüfung durch den Stadtrechnungshof durchwegs positiv ausgefallen ist.

Einzig und allein der Umstand, dass die diversen Kompetenzen auf fünf verschiedene Stellen aufgeteilt sind, wurde kritisch angemerkt. Es ist auch wirklich schade, dass man sich bisher noch immer nicht dazu entschließen konnte, eine einheitliche, alles umfassende Kompetenz für den Schloßberg einzurichten. Eine Art Schlossbergmanagement, die vom Grünschnitt über die Auffahrtsbewilligung bis hin zur Genehmigen von Veranstaltungen alles beinhaltet, wäre sicherlich wünschenswert und für die 'Verwaltung' des Schloßberges von Vorteil.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

ob sie bereit sind, überprüfen zu lassen, unter welchen Voraussetzungen ein solches Schloßbergmanagement denkbar wäre?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu gewiesen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich begrüße jetzt ganz, ganz herzlich auf der Zuhörergalerie unseren Pfarrer Bierbauer von der Basilika Mariatrost, der heute eines Beschlusses harrt gemeinsam mit dem Herrn Bezirksvorsteher Erwin Wurzinger (*allgemeiner Applaus*) und auch die Frau Dr. Winter, die sich in Zukunft einbringen will in der Grazer Stadtpolitik, herzlich willkommen.

Jetzt haben wir die Anfragen erledigt, bevor wir zu den Anträgen kommen und ich Kollegen Vizebürgermeister Walter Ferk ersuchen werde, den Vorsitz zu übernehmen, möchte ich noch zwei Mitteilungen machen. Die eine ist, das Begräbnis des heute in der Gemeinderatssitzung schon verstorbenen Bürgers der Stadt Graz, Josef Zavec, wird am 22. Jänner um 14.00 Uhr auf dem St. Leonhardfriedhof stattfinden, darum sind wir gebeten worden, das zu veröffentlichen und ich möchte auch unseren Damen und Herren in den Abteilungen, die die Verantwortung tragen und die mitgearbeitet haben, herzlich danken, wir sind in der vergangenen Woche ausgezeichnet worden als Zukunftsgemeinde Steiermark. Bei einem Gemeindegewinnwettbewerb haben die Damen und Herren unserer Abteilungen es wert gefunden, sich einfach daran zu beteiligen, wir haben da einen ersten Preis bekommen und das ist nicht nur ein Zeichen (*allgemeiner Applaus*), dass wir gute Ideen haben, sondern wir haben auch einen besonderen Preis bekommen, den Jahrtausendbaum, einen Ginkobaum, den wir in der Keplerstraße dann auch pflanzen wollen, er ist weder Laub- noch Nadelbaum, er hat auch zweispitzige Blätter und er ist zum Jahrtausendbaum gekürt worden, das sollte ein Symbol sein, dass die Stadt Graz Zukunft hat, das haben wir vom Land Steiermark bekommen.

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.***